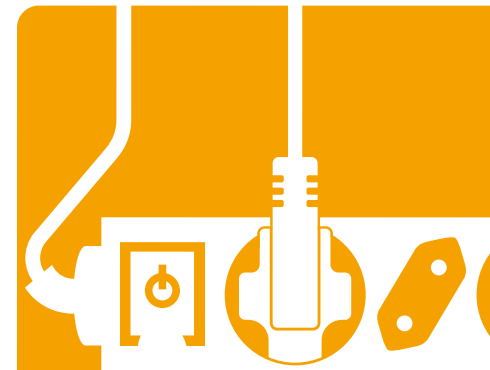


Umwelt- management



20 Jahre nach Tschernobyl
UmweltschutzanwältInnen-Tagung in Wien
Bundesabfallwirtschaftsplan 2006





Dr. Andrea Schnattinger
Wiener Umwelthanwältin

Kleine Ursachen - Große Wirkungen Sparen ohne Komfortverlust schont Umwelt und Geldbörse!

Diese Ausgabe der umweltstadt ist dem Umweltmanagement gewidmet. Der besondere Schwerpunkt liegt bei PUMA, dem Wiener Umweltmanagement für Amtshäuser.

PUMA hat in den letzten Jahren nicht nur Einsparungen im Energiebereich und damit erhebliche finanzielle Einsparungen gebracht, sondern hat auch gezeigt, wie sehr MitarbeiterInnen der Stadt für den Umweltgedanken am Arbeitsplatz zu motivieren sind. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für das Programm ist der Teamgeist - PUMA wird von Teams vor Ort getragen und lebt von innerbetrieblichem Know-

how. Lernen voneinander und gemeinsames Umsetzen haben der Stadt Wien Erfolge gebracht, die sich in Zahlen und in Anerkennung niederschlagen. Ein herzliches DANKE daher an alle MitarbeiterInnen, die sich in dem Umweltprogramm neben ihren Hauptaufgaben engagieren und an die Führungsspitze des Konzerns Stadt Wien, die das Umweltmanagement mit einem Erlass installiert hat.

Der Anti-Atom Schwerpunkt der WUA hat zurzeit traurige Aktualität. Kurz nach dem Gedenken an den schweren Unfall vor 20 Jahren in Tschernobyl müssen wir uns mit geplanten Betriebszeitverlängerungen im Kernkraftwerk Paks (Ungarn)

auseinander setzen. Die Argumente gegen die Atomkraft im Allgemeinen und gegen das KKW Paks im Besonderen, das nur 300 km von Wien entfernt ist und im Jahr 2003 einen schweren Störfall hatte, sind alle aufrecht. Die WUA konnte im grenzüberschreitenden UVP-Verfahren die Bedenken Wiens darlegen - über die Reaktionen werden wir berichten!

Eine interessante Lesezeit mit dieser umweltstadt wünscht Ihnen
Ihre Wiener Umwelthanwältin

P.S. Reaktionen auf unsere Artikel sind willkommen (post@wua.magwien.gv.at)



Tagung der Österreichischen UmwelthanwältInnen in Wien

Am 20. und 21. April tagten die österreichischen Umwelt- und NaturschutzanwältInnen im Schloss Wilhelminenberg. Um einen besseren Überblick über die Tätigkeiten der KollegInnen zu bekommen, berichteten eingangs alle UmwelthanwältInnen über ihre wichtigsten laufenden Verfahren und Projekte. Aufgrund des aktuellen Anlasses „Hochwasser im Marchfeld“ wurde im Laufe der Konferenz immer wieder die angebliche Verzögerung von Projekten durch die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) diskutiert. Auch der Besuch von Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima stand ganz im Zeichen der UVP. Das Resümee der Gespräche rund um die UVP wurde auch in einem kurzen Pressetext zusammen gefasst, indem sich alle UmwelthanwältInnen einig sind: „Wer die UVP zum Sündenbock für verschleppte Verfahren macht, ist gegen Transparenz, Einbeziehung der Betroffenen und für Verwässerung der Umweltstandards“. Weiters

wurden im Rahmen der Tagung ua. der Abschluss der Flughafenmediation und ein gemeinsames Positionspapier zum Thema Mobilfunk besprochen.

Die UmwelthanwältInnen hatten auch die Möglichkeit mit Herrn Forstdirektor DI Januskovec die intensiv genutzten Erholungsgebiete im Ottakringer Wald, die Waldschule und eine Kernzone des Biosphärenparks zu besuchen.

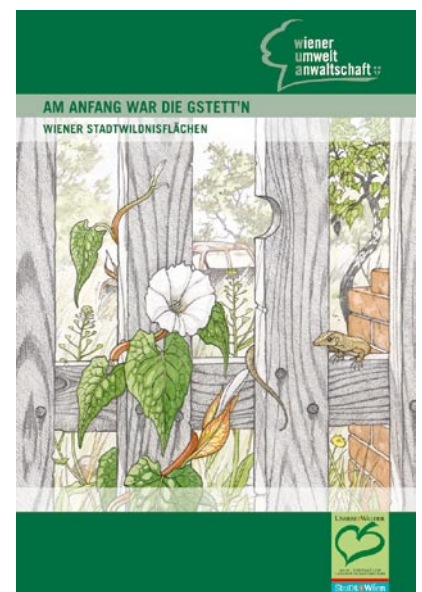


Neuaufgabe des „Gstett'nführers“

Anhand von umfangreichem Foto- und Kartenmaterial soll der 48-seitige überarbeitete Führer durch Wiener Stadtwildnisflächen vor allem für junge Menschen das Besondere im Alltäglichen sichtbar machen. Kinder unterscheiden nicht „Kräuter“ und „Unkräuter“ und sehen nicht in allem, das auf dem Boden krabbelt oder kriecht, von vorne herein eine Bedrohung. Sie gehen mit Interesse und Neugier auf Pflanzen und Tiere zu und erforschen begeistert ihre Umgebung.

Die WUA will mit dieser kostenlosen Broschüre dazu ermutigen, Wildnis zuzulassen, wo sie nicht eine Gefährdung der Sicherheit darstellt. Bedrohte Tier- und Pflanzenarten erhalten so auch im dicht bebauten Stadtgebiet zumindest vorübergehend einen Rückzugsraum und Kinder notwendige Freiräume mit kreativen Spielmöglichkeiten.

Bestellung: www.wien.at/wua/forms



Folgeschwerste Katastrophe in der Geschichte der Atomindustrie darf nicht in Vergessenheit geraten

Am 26. April 2006 jährte sich das verheerende Unglück von Tschernobyl zum 20. Mal. Daher hat die Wiener Umweltanwaltschaft (WUA) in ihrer Funktion als Atomschutzbeauftragte für Wien, gemeinsam mit dem Österreichischen Ökologie-Institut im Technischen Museum eine „ExpertInnen-Runde“ zum Thema „20 Jahre nach Tschernobyl“ organisiert. Namhafte nationale und internationale ExpertInnen haben über den Unfallhergang, gesundheitliche Folgen und zu einer prinzipiellen Umstellung der Energiepolitik referiert. Etwa 100 Personen sind unserer Einladung gefolgt und haben zahlreiche Diskussionsbeiträge geliefert.

Mit Alternativenergien und Energieeffizienz zur Versorgung ohne Atomkraft

Prof. Dr. Wolfgang Kromp vom Institut für Risikoforschung sprach über den Herang des Unfalls, die technischen Ursachen und Hypothesen sowie den Fallout über Europa.

Der Münchner Strahlenmediziner Dr. Edmund Lengfelder wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die gesundheitlichen Folgen nach wie vor von der IAEA (International Atomic Energy Agency) und anderen internationalen Organisationen heruntergespielt werden und gab Einblick in die Kranken- und Krebsstatistiken der betroffenen Gebiete. Im Speziellen ging der renommierte Mediziner auf die Schilddrüsenkrebs-Statistik ein. In Weißrussland hat die Summe der jährlichen Neuerkrankungen von Schilddrüsenkrebs bei Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) von 1986 bis 1998 um das 58-fache gegenüber den Vorjahren zugenommen. So sind bis heute 1.400 Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern und Jugendlichen aufgetreten.

Der Energiewissenschaftler Dr. Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung führte aus, wie

eine Energiepolitik ohne Atomkraft machbar ist. In Deutschland sorgt ein Energieeinspeisegesetz dafür, dass erneuerbare Energien im Vormarsch sind. Ziesing wies darauf hin, dass ein guter Mix an unterschiedlichen alternativen Energieformen und eine erhebliche Erhöhung der Energieeffizienz eine 100-prozentige Versorgung ohne Atomkraft ermöglicht.

Podiumsdiskussion – Strategien einer nachhaltigen Energiepolitik

Dr. Petra Seibert vom Institut für Meteorologie wies auf aktuelle Klimastatistiken hin, die zeigen, dass es längst „fünf nach zwölf“ und die Energiepolitik dringend zum Handeln aufgefordert ist.

DI Stephan Grausam vom Österreichischen Biomasseverband kritisierte, dass in Österreich trotz ansteigenden CO₂-Emissionen der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch kontinuierlich sinkt. Grund dafür ist der steigende Stromverbrauch insgesamt (etwa 40 % in den letzten 10 Jahren für Haushalte). Regenerative Energien haben neben den ökologischen Vorteilen auch viele positive Nebenwirkungen, z. B. geringe Transportwege, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Die Wiener Umweltanwältin Dr. Andrea Schnattinger ging auf die spezielle Situation in Wien ein. Kraftwärme-Koppelungen in kalorischen Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen erlauben eine Brennstoffausnutzung von bis zu 90 %. Dadurch können etwa 30 % aller Wiener Haushalte mit Fernwärme versorgt werden. Zusätzlich wird ein Wasserkraftwerk zur Versorgung von etwa 15.000 Haushalten errichtet. Die Stadt Wien bietet für Alternativenergieanlagen attraktive Förderungen an. Die Wiener Umweltanwaltschaft initiierte bereits 3 EU-Projekte zur Bewusstseinsbildung für erneuerbare Energien – speziell für Jugendliche – in Wien und der Slowakei.

Ing. Antonia Wenisch vom Ökologie-Institut wies in ihrem Statement darauf hin, dass Atomenergie zu teuer und nicht wettbewerbsfähig ist, außerdem die Uranre-

serven bei gleich bleibenden Verbrauch max. noch 70 Jahre reichen. Die zahlreichen Neubauten von AKW, die nötig wären, um eine substantielle Reduktion der Treibhausgase zu erreichen, würden viel zu lange dauern und müssten durch Reaktoren auf Plutoniumbasis (Schnelle Brüter) und Wiederaufbereitung ergänzt werden. Das würde nicht nur das Unfallrisiko erhöhen, sondern auch das Risiko, dass radioaktives Material unkontrolliert gehandelt wird.

Prof. Dr. Hans-Holger Rogner, der Vertreter der IAEA, hob bewusst die Argumente für Atomindustrie im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung hervor wie zum Beispiel: geringe Belastung durch Emissionen, Wirtschaftlichkeit, geringes Abfallvolumen, Energieversorgungssicherheit.

250 SchülerInnen diskutierten mit ExpertInnen

Der WUA ist es ein großes Anliegen auch Jugendliche immer wieder auf die Risiken der Atomenergienutzung hinzuweisen. Daher stand der Vormittag unserer Veranstaltung unter dem Motto „20 Jahre danach – Jugendliche sprechen darüber“. Über 250 SchülerInnen aus Oberstufenklassen diskutierten interessante Fragen rund um den schwersten atomaren Unfall aller Zeiten – wie z. B. „Wann wird Tschernobyl wieder risikofrei bewohnbar sein“ – mit Prof. Dr. Kromp, Institut für Risikoforschung, und Dr. Peter Weish, Forum für Wissenschaft und Umwelt.

Atomschutzbeauftragte für Wien:
www.wien.at/wua/atom



Programm „Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien“ („PUMA“)



PROGRAMM UMWELTMANAGEMENT IM MAGISTRAT

Bereits im Jahr 1997 gab es erste und erfolgreiche Versuche, Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien einzuführen. In einem Pilotprojekt wurde demonstriert, wie mit einer gesamtheitlichen Herangehensweise an die Umweltwirkungen eines Standorts (Amtshaus) deutliche Verbrauchsreduktionen und somit Umweltentlastungen erzielt werden können. Dieser Erfolg veranlasste den Magistratsdirektor der Stadt Wien, Umweltmanagement im gesamten Magistrat einzuführen. In Folge wurden in mehreren und verschiedenartigen öffentlichen Gebäuden Umweltmanagementsysteme eingerichtet und unter dem Namen „Projekt PUMA“ als ein Modul des „Klimaschutzprogramms der Stadt Wien“ („KliP-Wien“) definiert. Nach einem „Redesign“ des Umweltmanagements im Frühjahr 2005 unterstützt das neue Programm-Kernteam fortan die einzelnen Magistratsabteilungen dabei, selbstständig Umweltmanagement in der gesamten Dienststelle umzusetzen.

Das Programm hat Ende Mai 2006 bereits 36 der rund 80 Magistratsdienststellen erfasst. Bis Mitte 2007 sollen alle Dienststellen des Magistrats im Programm PUMA eingebunden sein.

Was bedeutet Umweltmanagement?

Umweltmanagement bedeutet, Umweltauswirkungen von Tätigkeiten, Produkten und Dienstleistungen zu erfassen, zu bewerten und zu optimieren. Dabei beschränkt sich Umweltmanagement nicht auf Maßnahmen in einzelnen Wirkungsbereichen, sondern setzt gesamtheitlich in den Bereichen Energie, Wasser, Beschaffung, Abfall, Gebäude, Mobilität und Öffentlichkeitsarbeit an.

Die wichtigsten Schritte eines Umweltmanagements:

- Formulierung grundlegender Umweltleitlinien („betriebliche Umweltpolitik“)
- Erstellung einer Ist-Erhebung („Umweltprüfung“) hinsichtlich der von einem Standort ausgehenden Umweltauswirkungen (Stoff- und Energieverbrauch, Emissionen etc.), der umweltrelevanten organisatorischen Gegebenheiten sowie der zu beachtenden umweltrelevanten Rechtsvorschriften
- Erarbeitung von umweltschutzbezogenen Detailzielen und Maßnahmen („Umweltprogramm“)
- Ausarbeitung und Implementierung der neuen umweltrelevanten Aufbau- und Ablauforganisation samt zugehöriger Controllinginstrumentarien
- Umsetzung
- Prüfung, ob bzw. inwieweit die zuvor definierten Ziele durch die umgesetzten Maßnahmen tatsächlich erreicht wurden
- Setzen von Korrekturmaßnahmen im Falle von Abweichungen
- Bericht an die oberste Managementebene
- Um eine weitere Verbesserung zu erreichen, beginnt nun der Kreislauf mit der Definition neuer Umweltziele, der Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Erreichung sowie deren Umsetzung und Kontrolle von neuem.

Hat ein Betrieb (Wirtschaftsbetrieb oder Verwaltungseinrichtung) ein derartiges

Umweltmanagementsystem erfolgreich eingerichtet, so kann er es durch speziell dafür staatlich zugelassene GutachterInnen entweder nach der Öko-Audit-Verordnung der EU oder nach der internationalen Norm ISO 14.001 zertifizieren lassen.

Programmorganisation

PUMA Kernteam:

Das Kernteam unter der Leitung des WUA-Mitarbeiters Mag. Dominik Schreiber besteht aus VertreterInnen der Magistratsdirektion – Baudirektion, MA 22 (Umweltschutzabteilung), MA 34 (Bau- und Gebäudemanagement), MA 27 (EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung), MA 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) und MA 54 (Zentraler Einkauf).

Das Kernteam leitet das Programm auf strategischer Ebene („Gesamtmagistrat“) und begleitet die einzelnen Magistratsabteilungen bei der Einführung und Umsetzung des Umweltmanagements. Auf der Ebene „Gesamtmagistrat“ werden die Inputs und Outputs des Magistrats erfasst und analysiert. Daraus werden Strategien entworfen, um in den Bereichen Energie, Abfall, Beschaffung, Mobilität, Gebäude, usw. Verbesserungen zu realisieren.

Weiters bemüht sich das Kernteam um optimale Voraussetzungen für das Programm im Magistrat, wie zum Beispiel die Bereitstellung sämtlicher jährlicher objektbezogener Energie- und Wasserverbrauchsdaten durch die Objektmanager der MA 34.

Folgende Beratungsausschüsse unterstützen das PUMA-Kernteam:

- Beratungsausschuss Öffentlichkeitsarbeit
- Beratungsausschuss Abfallwirtschaft
- Beratungsausschuss Amtshäuser
- Beratungsausschuss Mobilität

PUMA Beauftragte in den Dienststellen:

Auf der Handlungsebene „Magistratsabteilung/Dienststelle“ passiert die eigentliche Umsetzungsarbeit. Begleitet vom PUMA-Kernteam erarbeiten die PUMA-Bauftragten eine IST-Analyse und ausgehend davon ein jährliches Umweltpro-

gramm für den eigenen Bereich. In diesen Umweltprogrammen werden einerseits konkrete Ziele und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen formuliert und andererseits die Maßnahmen in einzelne Arbeitsschritte bzw. Arbeitspakete zerlegt, welche mit konkreten Verantwortlichkeiten und Terminen versehen werden. Ziel dieser Vorgangsweise sind zum einen die übersichtliche Darstellung des Jahresprogramms und zum anderen größtmögliche Klarheit für alle beteiligten Personen. Auf diese Weise wird der Konkretisierungsaufwand für die effektive Umsetzung minimiert sowie das Berichtswesen erleichtert. Zu jedem beliebigen Stichtag ist der Umsetzungsstand des Umweltprogramms für die Abteilung ersichtlich.

Ablauf des Programms PUMA

Nach einem Erstgespräch zwischen Programmleiter und der jeweiligen Dienststellenleitung wird ein/e PUMA-Beauftragte/r bestimmt, die/der für die Abteilung das Umweltprogramm erstellt. Die vorrangigen Handlungsbereiche ergeben sich aus der am Beginn zu erstellenden Ist-Analyse und Input-Outputanalyse. Das fertige Umweltprogramm wird seitens der Abteilungsleitung inhaltlich freigegeben. Dadurch soll die Unterstützung sämtlicher Ziele und Maßnahmen durch die Abteilungsleitung sichergestellt und gewährleistet werden. Das Umweltprogramm wird dann an den PUMA-Programmleiter übermittelt und von diesem formell in Kraft gesetzt. Dabei wird vor allem auf die Einhaltung der Mindestkriterien des Umweltmanagementsystems geachtet.

Eine Besonderheit des Umweltmanagements im Vergleich zu allgemeinen betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen ist die zielgerichtete Vorgehensweise. Es werden konkrete Umweltziele angestrebt, wie z.B. „Stromverbrauch pro Mitarbeiter/in um 2 % senken“ und nicht bloß Einzelmaßnahmen umgesetzt.

Am Ende des Jahres führt der/die PUMA-Beauftragte der Abteilung die Evaluierung der Zielerreichung durch und übermittelt bis 31. Jänner des Fol-

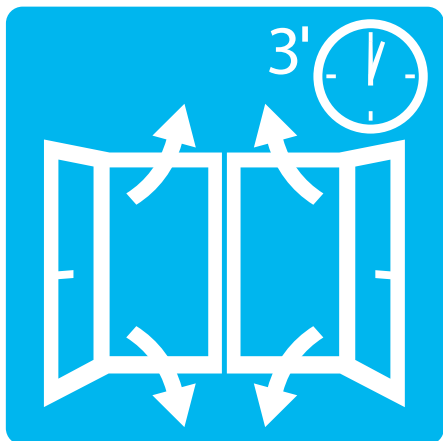
gejahres einen Jahresbericht an den PUMA-Programmleiter. Aus den Berichten der einzelnen Abteilungen erstellt die Programmleitung einen Jahresbericht an die Magistratsdirektion. Die Magistratsdirektion berichtet an den Gemeinderat.

Auf Grundlage der Evaluierung des Vorjahresumweltprogramms sowie der aktualisierten IST-Analyse und der Input-Outputanalyse erstellen die PUMA-Beauftragten die Umweltprogramme ihrer Abteilungen für das neue Jahr.

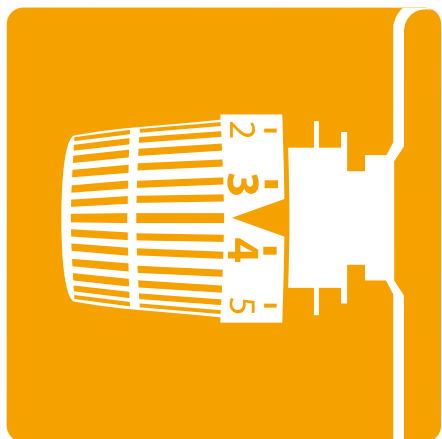
Beispiele für bisherige Umsetzungserfolge (teilweise im Rahmen anderer Programme)

- Mithilfe des „Energieeinspar-Contractings“ konnten bereits in mehreren Kindergärten der Stadt Wien, zuletzt z. B. im Kindergarten in Wien 15, Auer-Welsbach-Park, die Energiekosten erfolgreich und dauerhaft minimiert werden, ohne auf Wärmekomfort und Aufenthaltsqualität zu verzichten.
- In den Wiener Kindergärten wurde 2005 begonnen, die herkömmlichen Geschirrspüler durch gewerbliche Geschirrspüler zu ersetzen. Diese reinigen das Geschirr hygienisch und gründlich in nur drei Minuten. Im Vergleich zu den bisher verwendeten Geräten ergibt sich dadurch – neben der wesentlichen Verkürzung der Spüldauer – auch eine Verringerung des
- Energieverbrauchs um über 30 % und des Wasserverbrauchs um ca. 40 %. In den nächsten Jahren werden hunderte alte Geschirrspüler gegen neue und effiziente gewerbliche Geschirrspüler ausgetauscht.
- In den Krippen, Kindergärten und Horten der Stadt Wien werden die Mahlzeiten mit einem hohen Anteil an biologisch erzeugten Rohstoffen angeboten. Derzeit beträgt der Bio-Anteil der Produkte ca. 50 %. Wien ist damit laut Recherchen europaweit die einzige Stadt mit einem derart hohen Bio-Anteil beim Kinderessen!
- In den Gebäuden der Stadt Wien werden nur mehr wassersparende WC-Spülkästen mit zusätzlicher Spülstopp-Funktion eingebaut. Dadurch werden jährlich tausende Kubikmeter weniger Wasser verbraucht.
- Im Hallenbad Floridsdorf wurden die Umbau- und Erneuerungsarbeiten zur Einsparung von 3.942 MWh Energie und 61.860 m³ Wasser pro Jahr fertig gestellt
- In den sechs Bezirkshallenbädern laufen seit einigen Jahren Energiecontracting-Projekte mit dem Ziel der jährlichen Einsparung von ca. 8.414 MWh Energie und 84.060 m³ Wasser.





- In zahlreichen Schulen der Stadt Wien wurden im Jahr 2005 energiesparende Maßnahmen umgesetzt. So wurden Vollwärmeschutz-Fassaden angebracht, die Heizungsanlage erneuert, die oberste Geschosdecke gedämmt oder alte, undichte Fenster ausgetauscht. Weiters liefen 2005 an 15 Schulen der Stadt Wien Energiecontracting-Projekte.
- Das Stadtgartenamt der Stadt Wien hat mittels Energie-Contracting die Energiekosten der „Blumengärten Hirschstetten“ dauerhaft um jährlich ca. 20 % gesenkt.
- Derzeit läuft in den Schulen der Stadt Wien ein Programm zum Ersatz der Computer-Bildschirme durch Flachbildschirme. Neben den positiven gesundheitlichen Auswirkungen (Schonung der Augen) und dem geringeren Platzbedarf gegenüber Röhrenbildschirmen verringert sich der Stromverbrauch um rund 50 %.



Weitere in der Stadtverwaltung umgesetzte Umweltmaßnahmen:

- Thermische Sanierung von Gebäuden durch das Bau- und Gebäudemanagement sowie durch Betriebe der Stadt Wien
- Errichtung von Ökoenergieanlagen
- Anschaffung verbrauchsarmer Kraftfahrzeuge
- Einsatz schaltbarer Steckerleisten im EDV-Bereich (zwecks Vermeidung von Stromverbrauch im ausgeschalteten Zustand)
- Ersatz von Glühbirnen durch Energiesparlampen (z.B. in weiten Teilen des Wiener Rathauses)
- Beachtung höchster Energieeffizienz bei neu anzuschaffenden Geräten,
- Vermeidung von Einwegverpackungen
- Forcierung von „Wiener Wasser“ (Leitungswasser) als Businessgetränk bei Besprechungen
- Montage von Thermostatventilen an Heizkörpern
- Angebot von Diensträdern
- Deaktivierung der Beleuchtung bei Getränkeautomaten, u.v.a.m.

Öffentlichkeitsarbeit für PUMA

Das Bekanntmachen des Programms PUMA im Magistrat ist keine triviale Aufgabe. Einerseits gilt es, tausende MitarbeiterInnen zu erreichen, andererseits besteht eine Fülle von anderen Programmen und Initiativen, die ebenfalls auf sich aufmerksam machen wollen.

Es liegt auf der Hand, dass in so einem Fall nicht bloß eine einzige Öffentlichkeitsmaßnahme ausreicht, sondern dass ein mehrstufiges und vielseitiges Vorgehen nötig ist:

- Die Entwicklung eines eigenen Logos ermöglicht die einfache Wiedererkennbarkeit des Programms
- Eine eigene „Umweltserie“ in der MitarbeiterInnen-Zeitschrift „wien.at aktuell“ bringt Monat für Monat konkrete Tipps für umweltfreundliches Verhalten und verweist zugleich auf weiterführende Inhalte auf der Intranetseite.
- Speziell für PUMA gedrehte kurze Infovideos, welche auf der Intranet-

Startseite veröffentlicht werden, bringen PUMA-Infos auf die Bildschirme tausender MitarbeiterInnen.

- Intranetseiten für unterschiedliche Zielgruppen, die konkrete Verhaltenstipps anbieten. Die Intranetseiten sind für alle MitarbeiterInnen mit Intranetanschluss erreichbar und sollen darüber hinaus die abteilungsinterne Bewusstseinsbildungsarbeit unterstützen. Auch seitens des Kernteams werden sie für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Dadurch soll bei Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung die inhaltliche Homogenität im gesamten Magistrat gewahrt werden.
- Schließlich hat der seitens der Magistratsdirektion herausgegebene Erlass „Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien“ grundlegende Bedeutung für die interne Öffentlichkeitsarbeit.

Umwelttipps für alle MitarbeiterInnen – Beispiele:

- Richtiges Lüften (Stoßlüften in der Heizperiode)
- Richtiges Heizen (Thermostatventile an Heizkörper anbringen lassen, Heizkörper nicht verstellen, ...)
- Beidseitiges Drucken und Kopieren
- Dienstwege umweltfreundlich zurücklegen (Öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad)
- Bahn fahren statt fliegen
- Bildschirm und PC nach Gebrauch abschalten (schaltbare Steckerleiste)
- Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzen
- Geschirrspüler oder Waschmaschine nur einschalten, wenn das Gerät wirklich voll ist
- Wasser sparen (undichte Wasserhähne reparieren lassen, Wasserhahn nicht ganz aufdrehen, WC-Spülstopp betätigen)

Umwelttipps für ÖffentlichkeitsarbeiterInnen – Beispiele:

- Verwendung von Papieren aus der Papiermustermappe „Ökologische Druckpapiere“ von „ÖkoKauf Wien“
- Bewirtung von Gästen mit Lebensmitteln aus fairem Handel (Kaffee) und biologischer Landwirtschaft (Säfte, Obst, ...)

Ziele des Programms PUMA

Das Programm soll folgende Zielsetzungen erreichen und unterstützen:

- Die kontinuierliche Verbesserung der von der Wiener Stadtverwaltung ausgehenden Umweltwirkungen (Ressourcenverbrauch, Emissionen, indirekte Umweltauswirkungen)
- Die Erhöhung des Umweltbewusstseins bei den MitarbeiterInnen, aber auch in der Öffentlichkeit
- Leistung eines wichtigen Beitrags zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Wien
- Kostensenkung durch Energieeinsparungen, die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, ...
- Das Schaffen einer tragfähigen Basis für einen Dialog mit anderen maßgeblichen Akteuren (Wirtschaft, Bürger) im Sinne eines Agenda 21-Prozesses
- Die Verbesserungen von organisatorischen Abläufen

Weiters wird angestrebt, diese strategischen Ziele in die Gesamtstrategie der Stadt Wien einzubetten. Wichtige Aspekte sind in diesem Zusammenhang etwa Umweltmanagementsysteme als Faktor der Standortqualität, als Beitrag zur Effizienzerhöhung sowie als Instrument zur erhöhten Bürgerorientierung.

Mehr Informationen über PUMA:
www.wien.at/umwelt/puma/

Mag. Dominik Schreiber,
Programmleiter PUMA
Wiener Umwelthanwaltschaft
E-Mail: scd@wua.magwien.gv.at
Tel: 01/37979/88998



Mag. Martin Much
Oesterreichische
Nationalbank

© OeNB

Umweltmanagement in der Oesterreichischen Nationalbank – Mag. Martin Much

1. Seit wann und in welcher Form betreibt die Oesterreichische Nationalbank ihr Umweltmanagementsystem?

Das nach EMAS zertifizierte Umweltmanagementsystem wurde von der Oesterreichischen Nationalbank gemeinsam mit ihrer Tochter Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) 1999 eingeführt. Die ersten bewusst gesetzten Umweltaktivitäten - wie z. B. Verwendung von RC-Papier - reichen jedoch zurück bis in die 80er Jahre.

2. Was waren die Beweggründe, Umweltschutz in Ihrem Unternehmen zu forcieren?

Die OeNB sieht sich mit ihren Leitwerten Stabilität, Sicherheit, Vertrauen als nachhaltiges Unternehmen: Stabilität und Sicherheit in der Finanzwirtschaft sind wichtige Eckpfeiler für eine stabile und sichere Zukunft. Nachhaltigkeit drückt sich aber auch im Bereich der Ökologie und im Denken für Generationen aus.

3. Was halten Sie davon, dass auch öffentliche Verwaltungen wie der Magistrat der Stadt Wien Umweltmanagementsysteme einführen?

Ich begrüße Initiativen aus dem öffentlichen wie auch aus dem privaten Sektor. Auch öffentliche Verwaltungen haben sicherlich ökologische Optimierungspotenziale.

4. Was waren die bisherigen Erfolge in Ihrem Umweltmanagement?

Die Erfolge sind in den jährlichen Um-

welterklärungen nachzulesen. Aktuell zählen dazu Reduktionen im Papierverbrauch durch doppelseitigen Druck, Umstellungen auf elektronische Medien und Verschnittoptimierungen sowie Senkung des Energieverbrauches durch bessere Steuerungs- und Erhebungsverfahren sowie Schulung der für Energiebelange zuständigen Mitarbeiter.

5. Gab es auch Misserfolge?

Immer wieder gilt es, den Umweltgedanken nicht im Alltagsgeschäft „untergehen“ zu lassen. Ein monatliches Treffen von „Umweltcontrollern“ der Fachabteilungen hilft die Vernetzung in der Nationalbank aufrecht zu erhalten.

6. Was waren die „härtesten Nüsse“, die Sie in Ihrem Umweltmanagement knacken mussten? Was war vergleichsweise schwierig umzusetzen?

Für das Umweltbewusstsein bedarf es oft ein Umdenken, ein Loslösen von Gewohnheiten. „Warum soll ich meinen Kopierer auf doppelseitig umstellen?“, „Warum soll ich auf Plastik-Produkte verzichten und Natur-Materialien verwenden?“ sind häufig gestellt Fragen.

WUA: Herr Mag. Much, danke für das Interview und weiter viel Erfolg für das Umweltmanagement in der Oesterreichischen Nationalbank.



Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Wiener Umwelthanwaltschaft,
Muthgasse 62, 1190 Wien
Tel.: 01/37979/0
E-Mail: post@wua.magwien.gv.at
web: www.wien.at/wua,
Redaktion: Romana Uhyrek
Gestaltung: DYNAMOWIEN
Piktogramme: Pinkhouse Design
Druck: Gugler cross media,
3390 Melk, gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“ und nach der Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWZ 609.

Bundesabfallwirtschaftsplan (BAWP) 2006

Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMFLUW) wurde der Entwurf des Bundesabfallwirtschaftsplans (BAWP) 2006 betreffend die Verwirklichung der im Abfallwirtschaftsgesetz 2002 genannten Grundsätze und Ziele erstellt. Nach der Erstellung des ersten BAWP im Jahr 1992 liegt nunmehr der Entwurf der vierten Fortschreibung des BAWP auf.

Hierzu wurden von den österreichischen Umweltschutzverbänden in einer gemeinsamen Stellungnahme unter anderem folgende Punkte kritisch beleuchtet:

- **Strategie zur Abfallvermeidung und –verwertung:**

Die zur quantitativen und qualitativen Abfallvermeidung im BAWP 2006 beschriebenen Maßnahmenpakete erscheinen wenig konkret und lückenhaft. So sind im BAWP 2006 keine Handlungsgrundsätze für Baurestmassen enthalten, obwohl sich schon in der Vergangenheit gezeigt hat, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Immerhin machen Baurestmassen mengenmäßig einen der größten Abfallströme aus.

- **Maßnahmenbündel zur „Produktbezogenen Stoffflussanalyse“:**

Dieses ist sehr allgemein gehalten und lässt bis auf die eine oder andere Studie nicht viel Aktivitäten zur Schadstoffreduktion im Restmüll erhoffen. Zudem wären zur Erreichung einer qualitativen Abfallvermeidung Stoffflussanalysen auch bei anderen Abfällen als Restmüll sinnvoll einsetzbar.

- **Mehrwegverpackungen:**


Unter Mehrwegverpackungen werden als Maßnahmen Informations- und Motivationskampagnen sowie freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie zur besseren Erkennbarkeit von Mehrwegverpackungen angeführt. Ob dies zur Erreichung der Ziele der Nachhaltigkeitsagenda der österreichischen Getränkewirtschaft ohne verbindliche rechtliche Maßnahmen, wie entsprechend hohe Pfandgebühren oder rechtliche Einschränkungen für die Verwendung von Einwegverpackungen durch die Unternehmen ausreichend sein wird, wird von den Umweltschutzverbänden in Frage gestellt. Hier müsste – wie etwa bei den Nickel-Cadmium-Akkumulatoren angestrebt – auf europäischer Ebene auf strengere rechtliche Rahmenbedingungen und eine größere Herstellerverantwortung hingearbeitet werden.

- **Verwendung von Bodenaushub:**

Der BAWP 2006 enthält – wie auch

schon der BAWP 2001 eine detaillierte Regelung über die Wiederverwendung von Bodenaushub und die Anforderungen an Erden aus Abfällen samt Grenzwerten. Allerdings ist nach Ansicht der österreichischen Umweltschutzverbände die rechtliche Verbindlichkeit von Grenzwerten im BAWP nicht ausreichend geklärt. Die im BAWP 2006 erwähnten Pläne, zwei eigene Verordnungen dazu zu erlassen, werden daher seitens der österreichischen Umweltschutzverbände sehr begrüßt. Eine zeitliche Konkretisierung dafür fehlt allerdings.

Positiv bewertet wird die Einführung eines Gebäudepasses zur abfallarmen Bewirtschaftung von Gebäuden. Allerdings sollte der Gebäudepass nicht nur für die öffentliche Hand, sondern zumindest für alle geförderten Wohnbauten verpflichtend sein.

Generell sei noch bemerkt, dass in einer österreichischen sowie einer europäischen Verwertungsstrategie auch das Prinzip der kurzen Wege berücksichtigt und unterstützt werden muss. Lange Transportwege zu deutlich weiter entfernten Verwertungsanlagen (aus Kostengründen) sollten aus ökologischer Sicht eingeschränkt, beziehungsweise unterbunden werden. Hier wäre auch ein entsprechendes Engagement auf EU-Ebene wünschenswert. 

„Repowering“ Kraftwerk Simmering

Die Wienstrom GmbH betreibt derzeit im 11. Wiener Gemeindebezirk zwei Blockheizkraftwerke.

Das Unternehmen stellte im Dezember 2005 bei der Wiener Landesregierung einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für das Vorhaben „Repowering Simmering BKW 1/2“ nach dem Umweltverträglichkeitsgesetz 2000.

„Repowering“ soll eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Kraftwerksanlage durch die weitgehende Verwendung von bestehenden Anlagekomponenten bewirken. Kurz beschrieben wird die Anlage

Simmering um zwei Gasturbinen der 260 MW Klasse zur Verbrennung von Erdgas erweitert. Die bestehende Dampfturbine wird umgebaut und fortgenutzt.

Durch den Umbau der Anlage soll eine Effizienzsteigerung der Anlage von 42,6 % auf 57 % Wirkungsgrad im Kondensationsbetrieb und bei zusätzlicher Fernwärmeauskopplung ein Gesamtwirkungsgrad von bis zu 81 % erreicht werden. Bei Vollausbau der Anlage werden etwa 900.000 MWh zusätzliche Energie für die Fernwärmeerzeugung bereit stehen. Dies entspricht dem Energieverbrauch von mehr als 100.000 Haushalten.

Die Wiener Umweltschutzverbände bemerkte in ihrer Stellungnahme kritisch, dass aus dem Energiekonzept nicht hervorgehe, wer diese Mengen an zusätzli-

cher Fernwärme nutzen soll. Derzeit werden pro Jahr nur etwa 5.000 neue Haushalte an die Fernwärme angeschlossen. Nach dem Klimaschutzprogramm der Stadt Wien sollen zusätzlich Emissionseinsparungen durch Wärmedämmungen erfolgen, der Verbrauch der einzelnen Haushalte daher tendenziell sinken. Gleichzeitig wird durch die Neuerrichtungen des Biomassekraftwerkes Simmering und der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau in den kommenden Jahren ein beträchtliches zusätzliches Fernwärmepotenzial aufgebaut.

Die Wiener Umweltschutzverbände geht davon aus, dass forcierte Anschlussprogramme für die Nutzung der Fernwärme bereits im UVP-Verfahren zu behandeln sind, damit der im Projekt beschriebene Nutzungsgrad von bis zu 81 % umgesetzt wird. 